

Einbringung des Haushalts 2026 der Gemeinde Lützelbach in die Gemeindevertretung am 2. März 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Haushaltseinbringung vor Weihnachten war mit den kurzfristig vorher dargebotenen Informationen und Zahlen vom Land leider unmöglich umsetzbar, daher hat sich die Einbringung bis heute gezogen. Und auch jetzt wurde noch bis zur letzten Minute gearbeitet, damit die Einbringung dieses, besonderen, genehmigungsfähigen Haushalts überhaupt möglich ist. Mit der heutigen Einbringung des Haushalts 2026 stehen wir wiederum vor einer Herausforderung, die geprägt ist von wechselnden Rahmenbedingungen, gestiegenen Anforderungen und nicht zuletzt von einem wachsenden finanziellen Druck, der sich sowohl auf die Einnahme-, als auch auf die Ausgabenseite unserer Gemeinde auswirkt.

Trotz dieser Herausforderungen haben wir es aber geschafft, einen genehmigungsfähigen Haushaltsentwurf vorzulegen, der sowohl die aktuellen Anforderungen als auch die mittelfristige finanzielle Tragfähigkeit unserer Gemeinde berücksichtigt. Der Gemeindevorstand hat den Entwurf mit den dazu gehörenden Anlagen auch heute erst in einer Sondersitzung festgestellt, was das „Arbeiten bis zuletzt“ verdeutlicht.

Die präsentierten Unterlagen stehen den Gemeindevertreterinnen und -vertretern ab morgen digital über das IKVS zur Verfügung, ergänzt durch eine übersichtliche Darstellung der wesentlichen Haushaltszahlen. Wie gewohnt erhalten die drei Fraktionen gleich ein gedrucktes Exemplar des Haushaltsplans auf Kostenstellenebene.

Nun zum Zahlenwerk:

Der Ergebnishaushalt für das Haushaltsjahr 2026 zeigt ein Defizit von rund 670.000 Euro. Dieses Defizit soll durch Entnahmen aus unseren Rücklagen aus den Haushaltsüberschüssen der letzten Jahre, die im Moment noch etwa 1,75 Millionen Euro betragen, ausgeglichen werden. Damit sichern wir für das Haushaltsjahr 2026 die notwendige Liquidität und Stabilität.

Bereits bei der Analyse der Eckdaten wird klar, dass wir mit einem Haushaltsvolumen von rund 18,43 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr nochmals ein leichtes Wachstum verzeichnen. Dieses Wachstum speist sich im Wesentlichen aus einem Anstieg der Personalaufwendungen, höheren Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, aber vor allem deutlichen Erhöhungen bei Zuweisungen, Zuschüssen und bei den Umlagepflichten.

Gleichwohl können wir den Haushaltsentwurf aktuell mit einem ordentlichen Ergebnis planen, das, wie schon erwähnt, ein Defizit von etwa 670.000 Euro ausweist.

Die Einnahmen steigen, dies resultiert aber hauptsächlich aus der Anhebung bei den Steuern. Die Grundsteuer A und B sind mit Hebesätzen von 389 % (285%) beziehungsweise 767 % (536%) veranschlagt, was Mehreinnahmen von rund 503.000 Euro einbringt.

Die präzisen Zahlen zeigen, dass es uns trotz der anspruchsvollen Rahmenbedingungen gelungen ist, einen haushaltswirtschaftlich noch verantwortbaren Entwurf vorzulegen, der uns auch mittel- bis langfristig kleine Handlungsspielräume sichert.

Ich möchte Ihnen im Folgenden die wesentlichen Positionen der Einnahmen und Ausgaben etwas näher erläutern:

Erträge

Der Bereich der Erträge weist insgesamt eine Zunahme von rund 565.000 Euro gegenüber dem Vorjahr auf. Dabei bleiben die privatrechtlichen Leistungsentgelte nahezu konstant und spiegeln die Kontinuität in der Inanspruchnahme kommunaler Dienstleistungen wider.

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte steigen aufgrund gezielter Gebührenerhöhungen, beispielsweise im Friedhofsbereich, um insgesamt rund 92.000 Euro an. Auch die Kinder- und Jugendbetreuung profitiert von leichten Anpassungen durch die Gebührenkalkulation, die wir im letzten Jahr vornehmen konnten.

Positiv wirkt sich zumindest die Fortschreibung der Steuereinnahmen aus. Die Einkommenssteueranteile steigen gemäß den aktuellen Orientierungsdaten des Landes. Die Grundsteuern A und B tragen mit ihren Erträgen erheblich zum Haushaltsvolumen bei. Diese Werte verdeutlichen sowohl unseren engen Spielraum als auch die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger.

Die Erträge aus Transferleistungen und öffentlichen Zuschüssen fallen gemischt aus: Die Schlüsselzuweisungen gehen im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurück und können eigentlich nur durch die oben erwähnten Steuererhöhungen kompensiert werden.

Die Einnahmen aus der Auflösung von Sonderposten verringern sich leicht, was die abnehmende Notwendigkeit besonderer Rückstellungen widerspiegelt.

Aufwendungen

Auf der Ausgabenseite sind deutliche Steigerungen zu verzeichnen, die durch verschiedene Faktoren begründet werden. Die Personalaufwendungen steigen lediglich um rund 27.000 Euro. Dies trotz der im Mai in Kraft tretenden tariflichen Lohnsteigerung von 2,8 %, Neueinstellungen, Höhergruppierungen und dem geplanten Einsatz von Rückstellungen für Altersteilzeitmaßnahmen. Dies hängt, neben einer ausgewogenen Personalpolitik, zum einen an der geplanten Abgabe des GTA der Grundschule ab dem nächsten Schuljahr als Träger an die AWO und der Reduzierung von Pensionsrückstellungen zusammen. Diese sinken um etwa 235.000 Euro - ein positiver Effekt aus aktuellen Gutachten der Versorgungskasse Darmstadt.

Die Ausgaben für Sach- und Dienstleistungen steigen um ca. 183.000 Euro, was den Prioritäten der Gemeindeplanung entspricht: Neben der kommunalen Wärmeplanung und der anstehenden Konzepterstellung investieren wir in notwendige Instandhaltungsmaßnahmen. Beispiele sind die Sanierung des Feuerwehrgerätehauses in Seckmauern, die Ertüchtigung der Straßenbeleuchtung sowie der Ertüchtigung des Bauhofgebäudes und der Garagenanlagen. Auch die geplanten Fortbildungen für die Beschäftigten sind ein wichtiger Kostenpunkt. Wir legen großen Wert darauf, dass unsere Infrastruktur auf dem neuesten Stand bleibt und unser Personal optimal qualifiziert ist.

Ein größerer Kostenfaktor sind die gestiegenen Zuweisungen und Zuschüsse an kirchliche und soziale Einrichtungen, die inklusive gebührenbedingter Ausfälle bei Freistellungen nun um etwa 427.000 Euro höher liegen als im Vorjahr. Der Großteil davon fließt in unsere Kitas, aber darin enthalten sind auch zusätzliche Mittel für den Kostenausgleich zwischen Kommunen für Kitakinder, Zuschüsse für Ärzte und Vereine sowie erstmals Projektunterstützungen für die neuen Ortsbeiräte. Diese sollen jeweils 3000 € pro Jahr für die Umsetzung vor Ort zur Verfügung gestellt bekommen.

Am herausforderndsten sind die wachsenden Umlageaufwendungen an den Landkreis und andere Zweckverbände. Die Kreis- und Schulumlage steigen um 602.000 Euro, ohne dass der Kreis eine Erhöhung seiner Umlagezahlen vornimmt. Hierbei berücksichtigen wir zwar Rückstellungen aus Vorjahren, dennoch bleibt dies ein wesentlicher Belastungsfaktor für unseren Haushalt. Ich möchte gar nicht daran denken, wenn der Odenwaldkreis seine Werte erhöhen möchte.

Investitionen

Schwerpunkt im Investitionsprogramm sind neben der energetischen Sanierung von gemeindlichen Gebäuden und der weiteren Instandhaltung der Infrastruktur auch der Ausbau der digitalen und kommunalen Wärmeversorgung. Die Fortsetzung des Breitbandausbaus bleibt strategisch elementar, um die Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität in unserer Gemeinde zu sichern. Ein Großprojekt zur Instandhaltung der Infrastruktur, welches die nächsten Jahre ansteht und den Schwerpunkt des Investitionsprogramms bildet, wird sicherlich das Thema Wasserversorgung mit dem Neubau eines Hochbehälters für Seckmauern und Haingrund sein.

Mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung:

Mit Blick auf die mittelfristige Planung bis 2029 rechnen wir mit einem fortwährenden Defizit in den Jahren 2027 und 2028, die allerdings durch Erhöhungen bei der Grundsteuer B auf dann 950 % beziehungsweise 1.050 % teilweise abgedeckt werden. Für das Jahr 2029 zeichnet sich nur so wieder ein Überschuss ab. Grundvoraussetzung für diese Planung ist die kontinuierliche Fortschreibung der Personal- und Sachkosten sowie eine realistische Gebührenpolitik, die eine Kostendeckung bei Wasser, Abwasser und Friedhof gewährleistet, auch wenn dies temporäre Gebührenerhöhungen bedeuten kann.

Ich erinnere hier an meine Worte von vor zwei Jahren: „Für die Einwohner der Gemeinde ein trostloses Szenario, da man bedenken muss, dass die mittelfristige Ergebnisplanung nur die derzeit bekannten größeren Instandhaltungsmaßnahmen in den verschiedenen Produktbereichen enthält und kaum Spielraum für Unvorhergesehenes besteht. Hier muss zwingend auf Landes- und Bundesebene eingelenkt werden und die Kommunen müssen eine deutlich bessere finanzielle Versorgung erhalten, damit dieses trostlose Szenario abgewendet werden kann.“

Personelle Situation

Der Stellenplan 2026 sieht insgesamt nur kleine, moderate Veränderungen vor. Die demographische Entwicklung und altersbedingte Fluktuationen führen zu Abgängen, die wieder ersetzt werden sollen. Gleichzeitig werden in Bereichen mit steigendem Betreuungs- und Sozialbedarf, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, neue Stellen geschaffen. Dies ist für uns eine notwendige Investition in die Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinde und den sozialen Zusammenhalt vor Ort.

Schließlich noch zur **Haushaltssatzung**:

Wie bereits angesprochen müssen die Hebesätze bei der Grundsteuer A auf 389 %, bei der Grundsteuer B auf 767 % angehoben werden. Die Gewerbesteuer bleibt stabil bei 390 %. Der Liquiditätskreditrahmen erhöht sich von 750.000 € auf 1.000.000 €, um flexibel agieren zu können.

Schlusswort

Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotz der äußerst schwierigen finanziellen Gesamtsituation ist es uns gelungen, einen ausgeglichenen und zukunftsorientierten Haushaltsentwurf vorzulegen, mit dem wir verantwortungsvoll durch das Jahr 2026 steuern können.

Dies verdanken wir in großem Maße dem Engagement und der Expertise der Mitarbeitenden in unserer Verwaltung, denen ich herzlich für ihre Arbeit danke. Ebenso appellieren wir an die Landes- und Bundespolitik: Unsere Gemeinden benötigen verlässliche und ausreichende Finanzmittel, um die wachsenden Aufgaben meistern zu können, zugleich aber die Belastungen für unsere Bürgerinnen und Bürger in einem erträglichen Rahmen zu halten. Hier zitiere ich hier auch nochmal aus meiner Haushaltsrede von 2024:

„Mit dem Haushalt 2024 müssen wir leider einen weiteren Schritt in die falsche Richtung gehen. Immer weiter steigende Kosten, zusätzliche von oben verordnete Aufgaben und Standards gepaart mit teils übertriebener Bürokratie ohne entsprechende Entlastungen oder finanzielle Zuweisungen belasten den Haushalt über alle Maßen. Am Ende bleibt einzig der Weg zur Bewältigung all dessen, dem Bürger in die Tasche zu greifen, und durch Abgabeerhöhungen zu holen, was Bund und Land „großmütig“ verteilen. Und wir sind hier auch kein Einzelfall. Die Kommunen landauf und landab kommen nicht um drastische Erhöhungen ihrer Hebesätze herum, um überhaupt noch handlungsfähig zu bleiben.“

Ich hatte mir erhofft, dass mein erster Haushalt nicht gleich unter solch schlechten Voraussetzungen aufgestellt werden muss. Ich hätte mir gewünscht, dass wir nicht überall einen Rotstift anlegen müssen. Leider ist momentan zu Vieles fremdbestimmt, was unseren Haushalt stark belastet. Wir wissen auch nicht, wie es weiter geht. Es bleibt die Hoffnung, dass die neue Landesregierung ihrer Ansage Folge leistet und die Kommunen zukünftig finanziell besser ausstattet. Zudem hoffe ich, dass für die Planung der Folgejahre die Aussage „Papier ist geduldig“ zutrifft.“

Mit dem Wissen von damals und der Hoffnung auf viel bessere Zuweisungen, erwarte ich für die Folgejahre genau dies und damit keine weiteren Steuererhöhungen in 2027 und 2028, wie sie momentan eingeplant werden müssen.

Ich bin zuversichtlich, dass wir gemeinsam einen vernünftigen Weg weitergehen und unsere Gemeinde zukunftsfest gestalten werden. Die vorgelegten Zahlen erläutern die Herausforderungen und Chancen gleichermaßen und bieten eine solide Grundlage für weitere Entscheidungen.

Ich bitte die Gemeindevertretung daher, den Haushaltsentwurf für 2026 mit all seinen Anlagen zu beraten und zu beschließen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Tassilo Schindler
Bürgermeister